

Sehr geehrter Herr Vorsitzender,  
sehr geehrte Damen und Herren,  
liebe Kolleginnen und Kollegen,

der uns vorgelegte Haushalt weist im ordentlichen Ergebnis einen Fehlbetrag in Höhe von 121.038,- Euro aus. Nur durch den Verkauf von Grundstücken gelingt es, einen Überschuss ausweisen. Der Finanzhaushalt schließt mit einem Fehlbetrag von 1.218.822,- Euro ab. Die geforderte Liquiditätsreserve von 2% und die Deckung des Fehlbetrags im Finanzhaushalt werden voraussichtlich durch den Zahlungsmittelbestand zum 01.01. des Haushaltjahres erreicht.

Für das Haushaltjahr 2023 plant der Bürgermeister die Neuaufnahme eines Liquiditätskredits in Höhe von 1 Mio. Euro, um mögliche Liquiditätsschwankungen auszugleichen. Dieser Liquiditätskredit muss zwingend bis zum Jahresende 2023 abgebaut werden, damit unser Konsolidierungspfad bis 2024 eingehalten werden kann, was eine Vorgabe des Landrats war.

Die formalen Kriterien für einen genehmigungsfähigen Haushalt (Ergebnis- und Finanzhaushalt) können nur erfüllt werden, wenn das Haushaltjahr 2022 einen Überschuss ausweist.

Damit das garantiert gelingt, nimmt der Bürgermeister im Dezember 2022 ein Darlehen in Höhe von 2 Mio. Euro auf. Allerdings erscheinen die Zinsen und die Tilgung nicht im Haushaltsplan 2023, was nicht korrekt ist.

Bei genauerer Betrachtung der Haushaltplanung ist klar zu erkennen, dass der Bürgermeister nicht bereit ist sparsam und mit Augenmaß zu wirtschaften, was im Zeichen der hohen Inflation, dem Krieg in der Ukraine, der Energie Krise und Corona vernünftig wäre.

Nein, für den zukünftigen Haushalt 2023 wird ein Investitionspaket in Höhe von 7.45 Millionen Euro eingeplant, was eigentlich nicht schlimm wäre, wenn man über die notwendigen Finanzmittel verfügte, was auf Neu-Anspach leider nicht zutrifft. Für eine Stadt, die in den vergangenen Jahren 3-mal vor der Zahlungsunfähigkeit stand, grenzt dies schon an absoluter Verantwortungslosigkeit.

Um diese Investitionen zu finanzieren, werden neue Kredite in Höhe von 3,42 Mio. Euro aufgenommen. Nehmen wir das Darlehen aus 2022 hinzu, dann sprechen wir von einer Neuverschuldung in Höhe von ca. 5.4 Mio. Euro. Was wird da unseren

Bürgern zugemutet. Nun ja, wir können ja notfalls wieder unsere Grundsteuer B anheben.

Ein weiterer Kritikpunkt an der Neuverschuldung ist, dass die Zinsen und die Tilgung ebenfalls nicht im Haushalt 2023 berücksichtigt werden. Im Hinblick auf rasant steigende Zinsen wäre es ehrlicher gewesen, hier großzügige Annahmen zu treffen und diese im Haushaltsplan mit aufzunehmen, auch wenn sie später nicht gebraucht werden sollten.

Wir von der FWG können das nicht gutheißen!!!

Ein weiterer Bereich mit dem wir unzufrieden sind, sind die geplanten Steuereinnahmen. Wir sind der Meinung, dass sie zu hoch angesetzt wurden. Die Gewerbesteuererinnahmen werden im Haushaltsplan 2023 um 21% höher angesetzt, als im Haushaltsjahr 2022.

Wie bekannt sein dürfte, haben wir im Jahr 2022 rund 645.000,- Euro mehr an Gewerbesteuer erhalten, als erwartet wurde. Allerdings sind solche Steuergeschenke wie ein Sechser im Lotto. Wir haben eine hohe Inflation, den Krieg in der Ukraine, die Energiekrise, Lieferengpässe und Corona. Daher sind wir der Meinung, die Gewerbesteuererinnahmen für 2023 lieber konservativ anzusetzen.

Eine Stadt, die vor wenigen Jahren mehrfach zahlungsunfähig war und jetzt gerade so über die Runden kommt, sollte Wert darauf legen, sparsam zu haushalten und nicht den Fehler zu begehen, mehr Geld auszugeben als vorhanden ist.

Beispielhaft sei hier die Skateranlage genannt, die in 2021 wegen geringer Nutzung geschlossen werden sollte, weil der Stadt 100.000,- Euro für die Instandsetzung fehlten. Der Protest der Bürger und Gespräche mit den Jugendlichen konnte dieses Unterfangen stoppen und die Skateranlage wurde vom Bauhof für wenig Geld instandgesetzt.

Im Haushalt 2023 wurden 544.000,- Euro für den Neubau der Skateranlage eingeplant. Dieser Ansatz wurde in der HFA Klausur auf 150.000,- Euro reduziert.

Die Jugendlichen, die die Anlage nutzen und die finanzielle Situation der Stadt kennen, wünschen sich kleinere Anpassungen und kleine sinnvolle Erweiterungen, die nicht sehr kostspielig sind. Damit die Stadt es bei der Planung einfacher hat, haben die Jugendlichen selbst die Planung übernommen und der Stadt zur Verfügung gestellt.

Im Bereich der freiwilligen Leistungen, der für Neu-Anspach bei ca. 2.3 Mio. Euro liegt und als überdurchschnittlich gilt, werden zusätzlich Beträge in den Haushalt eingestellt. So soll beispielsweise der Sportverein Westerfeld 53.000,- Euro für den Kauf eines Rasentraktors erhalten. Nicht nur, dass Westerfeld gegenüber anderen Vereinen

bevorzugt wird, nein, der Traktor ist gar nicht notwendig. Es gibt eine Vereinbarung mit der Stadt, dass die Westerfelder den Traktor nutzen können, der in Hausen steht. Von dieser Vereinbarung wurde meines Wissens bis heute noch kein Gebrauch gemacht.

Und dann gibt es noch die von der SG Westerfeld eigenmächtig beauftragten Sonderwünsche für die Zaunanlage der Sportanlage, die die Stadt weitere 4.347,- Euro gekostet hat. Zur Erinnerung, die Zaunanlage für ca. 40.000 Euro, musste aus versicherungstechnischen Gründen extra für den Mähroboter errichtet werden. Der Mähroboter wurde vom Bürgermeister angeschafft, ohne dass die Stadtverordnetenversammlung dies beschlossen hatte. Dies ist ein Verstoß gegen §§ 96 Abs. 1 und 99 Abs. 1 HGO und wurde im Prüfbericht der Revision bemängelt. In der HFA Klausur wurde auf die Rückforderung von 4.347,- Euro verzichtet.

Zusätzlich zum bestehenden Erbbaurechtsvertrag soll die SG Westerfeld eine jährliche Sonderzahlung in Höhe von 10.000,- Euro erhalten.

Bei den Kosten für unsere Kindergärten feilschen wir um jeden Euro und der SG Westerfeld werfen wir das Geld hinterher.

Diese zusätzlichen Geschenke an einen Sportverein wecken natürlich Begehrlichkeiten bei den vielen anderen Neu-Anspacher Vereinen. Diese Logik wird leider im Bürgermeisterwahlkampf vergessen!

Die FWG ist nicht bereit eine solche Finanzpolitik zu unterstützen. Wir wollen und müssen die Finanzen der Stadt nachhaltig und dauerhaft stabilisieren. Der in diesem Haushalt 2023 skizzierte Weg ist der Falsche. Wir können den Bürgern von Neu-Anspach keine Neuverschuldung von ca. 5.4 Mio. Euro zumuten.

Deswegen wird die FWG dem vorgelegten Haushalt nicht zustimmen!

Und zu guter Letzt möchten wir uns von der FWG-UBN bei der Verwaltung für die geleistete Arbeit bedanken, insbesondere bei der Kämmerei.

Vielen Dank, dass sie mir zugehört haben. Wir wünschen Ihnen allen ein frohes und friedliches Weihnachtsfest, einen guten Rutsch ins neue Jahr und bleiben Sie gesund.

Hans-Peter Fleischer

Fraktionsvorsitzender FWG-UBN